EIN DEMOKRATISCHER NEUANFANG

Wie kann die Europäische Union auf ein demokratisches Fundament gestellt werden? Der Arbeitskreis Europa von Mehr Demokratie hat dazu Vorschläge erarbeitet. Sein Koordinator Stefan Padberg stellt sie vor.

FRAGEN **NEELKE WAGNER**

Im Juni hat die Bundesmitgliederversammlung ein Positionspapier verabschiedet, das die Forderungen von Mehr Demokratie für eine demokratischere EU skizziert. Stefan, du hast das Papier wesentlich mitverfasst. Was war der Anstoß für diese Arbeit?

Der Anstoß war das vielzitierte Demokratiedefizit auf europäischer Ebene. Damit haben wir uns schon seit Gründung des AK im Jahr 1998 befasst. Die erste Fassung des Positionspapiers „Mehr Demokratie in Europa" ist aus unseren Überlegungen zu direkt-demokratischen Verfahren auf EU-Ebene entstanden. Als dann der EU-Verfassungskonvent 2002 und 2003 in Laeken stattfand, gelang es durch eine glückliche Fügung, unseren Vorschlag für eine EBI dort einzubringen, der dann auch akzeptiert wurde.

Nachdem Mehr Demokratie im Jahr 2012 die Verfassungsbeschwerde zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) eingereicht hatte, standen die Fragen: „Was wollen wir eigentlich auf europäischer Ebene?" und „Was befürworten wir?" ganz konkret im Raum. Die Presse fragte das unsere Vorstände und unsere Pressesprecherin, und wir hatten keine Position. Diese Situation war sehr unbefriedigend. Auf den folgenden Mitgliederversammlungen diskutierten wir immer wieder Anträge zu europäischen Themen, im November 2014 schließlich die Anträge von Reiner Thomsen und von Karl-Martin Hentschel, die jeweils unterschiedliche Zielvorstellungen von Europa formulierten. Die Mitgliederversammlung überwies die Anträge an den AK, um endlich eine Mehr Demokratie-Vision von Europa auszuarbeiten.

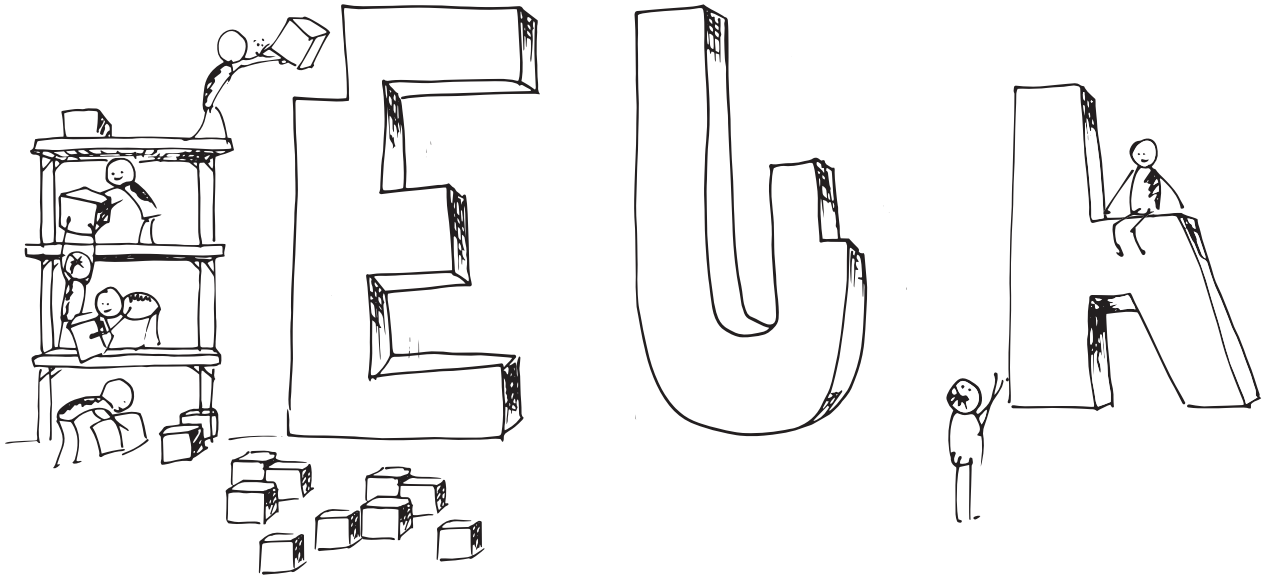
„Würde eine Verfassung öffentlich geschrieben und in europaweiten Volksabstimmungen beschlossen, würde das ein tief verankertes Erlebnis bei den Bürger/innen erzeugen."

Was ist aus deiner Sicht der Kern des Papiers?

Dass wir es geschafft haben, diese vier Stützpfeiler heraus zu kristallisieren: den Bürgerkonvent, die Verfassung, das Institutionengefüge aus Parlament, Senat, Kollegialrat mit direkter Demokratie sowie die Dezentralisierung. Insgesamt haben wir ein recht ausgeklügeltes Gefüge erarbeitet, das unserer Ansicht nach ein großer Zugewinn an Demokratie wäre.

Worin besteht das Plus an Demokratie in eurem Vorschlag?

Das erste Plus ist natürlich der Bürgerkonvent. Wir stellen uns vor, dass gewählte Vertreter/innen aller europäischen Länder sich zusammensetzen und eine Verfassung für Europa ausarbeiten. Eine Verfassung, die in aller Öffentlichkeit, also unter Mitwirkung der Zivilgesellschaft und der gewählten Delegierten, entsteht. Dieser Prozess würde wohl mehrere Jahre dauern. Die Verfassung müsste dann den Bürger/innen zur Abstimmung vorgelegt werden. Wenn eine Mehrheit der Bürger/innen ihr zustimmt, dann hätten wir endlich eine echte Grundlage, die auch wirklich akzeptiert würde. Das wäre das erste große Plus. Die Diskussionen darüber, dass irgendwelche Leute in Hinterzimmern sich diese EU ausgedacht und zusammengemauschelt haben, wären dann hinfällig. Würde eine Verfassung öffentlich geschrieben und in europaweiten Volksabstimmungen beschlossen, würde das ein tief verankertes Erlebnis bei den ▸



Bürger/innen erzeugen. Dann könnten wir sagen: Ja, das ist unsere Verfassung und das sind unsere Institutionen, die wir so gewollt haben.

Wie wollt ihr eure inhaltlichen Vorstellungen, zum Beispiel wenn es um Dezentralität und Regionalisierung geht, in den Konventsprozess einspeisen?

Wenn es wirklich zu so einem Verfassungskonvent käme, wären wir dort als NGO natürlich präsent und würden unsere Vorstellungen mit den üblichen Mitteln der Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit einbringen. Unsere Vorstellungen träfen auf die anderer Gruppen und könnten diskutiert werden. Am Ende stünde ein Verfassungsentwurf, der vielleicht in der einen oder anderen Frage auch Abstimmungsvarianten enthält. Dann werden wir ja sehen, ob die Bürger/innen ein zentralisiertes Europa wollen. Wir werden aufgrund unserer demokratiepolitischen Überlegungen immer für eine Dezentralisierung plädieren.

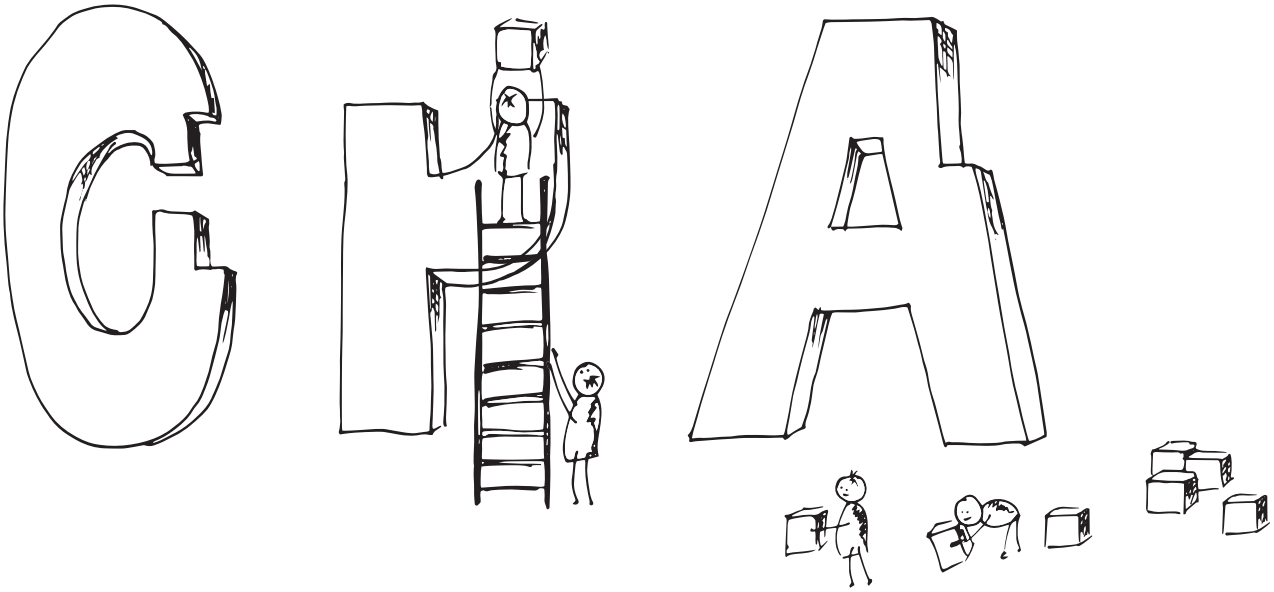
Schon heute regelt das Subsidiaritätsprinzip, dass die EU nur dann tätig werden soll, wenn das auf der Ebene der Mitgliedsstaaten nicht sinnvoll passieren kann. Ginge es nur darum, dieses Prinzip stärker in den Vordergrund zu rücken oder würdet Ihr dem Konvent etwas anderes vorschlagen?

Unser Vorschlag verankert die Subsidiarität viel stärker im gesamten Institutionengefüge. Heute funktioniert dieses Prinzip in der Praxis nicht. Es gibt einerseits viele Bereiche, in denen die EU Kompetenzen dann doch an sich zieht, und andererseits hat sie die wirklich großen Probleme, wie die Euro-Krise, die griechische Schuldenkrise und das Flüchtlingsthema, überhaupt nicht aufgefangen. Stattdessen haben sich die Regierungschefs der Mitgliedsstaaten zusammengesetzt und unter sich ausgehandelt, welche Lösung ihnen passt. Das Subsidiaritätsprinzip wird aufgerieben zwischen der EU-Bürokratie und den nationalen Regierungen.

In unserem Papier beschreiben wir verschiedene Mechanismen, um Subsidiarität zu verwirklichen: Im Senat artikulieren die Mitgliedsstaaten ihre Interessen, die so auch in den Gesetzgebungsprozess einfließen. Darüber hinaus haben einzelne Mitgliedsstaaten das Recht, sich an bestimmten Entscheidungen nicht zu beteiligen – sofern es bei ihnen auf nationaler Ebene entsprechende Parlaments- oder Volksentscheide gegeben hat; eine nationale Regierung sollte EU-Gesetze nicht im Alleingang ablehnen können. Als dritte Möglichkeit gibt es dann noch den Austritt, der wiederum durch einen Volksentscheid auf nationaler Ebene eingeleitet werden muss.

Welchen Platz hat die direkte Demokratie in diesem Gefüge?

Natürlich sollte jede Ebene mit den bekannten direktdemokratischen Mechanismen ausgestattet werden, also Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid auf nationaler Ebene und EU-Bürgerinitiative, EU-Bürgerbegehren und EU-Bürgerentscheid auf EU-Ebene. Eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) haben wir heute schon, bloß aufgrund der Struktur der EU richtet sich eine EBI an die EU-Kommission, weil die als einzige Gesetzesvorschläge auf europäischer Ebene machen kann. Wir fordern volle parlamentarische Rechte für das EU-Parlament. Wenn es die hat, müsste sich eine Bürgerinitiative selbstverständlich an dieses Parlament richten und – ausreichende Unterstützung der Bürger/innen vorausgesetzt – in einen Volksentscheid münden, wenn das Parlament den Vorschlag nicht aufgreift. Damit die Bürger/innen Gesetzesvorhaben nicht nur initiieren, sondern auch abwehren können, sollte es auch das fakultative Referendum geben.



Euer Vorschlag reicht in die Strukturen der Mitgliedsstaaten hinein?
Wenn wir über Regionalisierung reden: Ja. Wir orientieren uns am schweizerischen und am skandinavischen Modell. In Schweden oder Dänemark verfügt die kommunale Ebene über 60 bis 70 Prozent des gesamten Staatshaushaltes. Und der föderale Staatsaufbau der Schweiz ist legendär. Das ist ein ganz entscheidender Gedanke, der nicht nur die EU, sondern auch die Nationalstaaten betrifft. Wir befürworten die Idee, dass die Nationalstaaten als zentralistische Einheitsstaaten aufgegeben werden sollten. Diese Idee lag der Gründung der EU nach dem Krieg zugrunde. Angesichts all dieser Verwüstungen, all der Toten wollten man ein gemeinsames Europa schaffen. Die Nationalstaaten wurden aufgeweicht, indem immer mehr Macht nach *oben* abgegeben wurde. Wir sehen heute: Das reicht nicht, es muss auch Macht nach *unten* abgegeben werden. Deshalb schlagen wir allen Nationalstaaten vor, in ihre Verfassungen Kompetenzkataloge aufzunehmen und mehr Kompetenzen an die unteren Ebenen abzugeben. Wir brauchen darüber hinaus Mechanismen, wie die Regionen untereinander verhandeln können, um Probleme grenzübergreifend zu lösen, ohne dass die nationale Ebene eingeschaltet werden muss. Außerdem befürworten wir, dass Regionen wie Katalonien oder Schottland ohne großes Theater austreten können aus ihren Staaten. Es wäre schön, wenn dieser Gedanke, die Macht massiv nach unten zu verlagern, mehr zur Sprache käme.

Und wenn ein Staat da nicht mitmacht?
Dann wird er Stress mit seinen Bürger/innen bekommen. Hoffe ich zumindest. Und wenn nicht, wenn die Bürger/innen mit ihrem zentralistischen Staat zufrieden sind, ist das ja auch o.k. Wir streben jedenfalls keine „Zwangsdezentralisierung" an. Und für den Fall, dass die Forderung nach einem EU-Austritt laut wird, muss in die Verfassung geschrieben werden, wie Bürger/innen ein Abspaltungsinteresse artikulieren können und wie der Staat damit umzugehen hat. Das ist unsere Botschaft.

Euer Vorschlag gleicht der „EU der unterschiedlichen Geschwindigkeiten".
Ja, ungefähr. Ich würde nicht sagen: unterschiedliche Geschwindigkeiten. Da ist schon wieder eine gemeinsame Marschrichtung impliziert, bloß eben mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Unsere Idee ist viel flexibler. Ein Beispiel: das Glühlampenverbot. Eine Fraktion bringt es ins Parlament ein und die Mehrheit der Abgeordneten stimmt zu. Im Anschluss könnten dann einzelne Staaten – also deren Parlamente oder deren Bürger/innen qua Referendum – sagen, dass passt für uns nicht, wir brauchen längere Übergangsfristen oder wir machen das gar nicht. Allein dadurch, dass das möglich ist, entstehen natürlich im Vorfeld eines Gesetzesprojektes viele Versuche, ins Gespräch zu kommen. Es könnte auf diese Weise einen dauerhafter kommunikativer Prozess entstehen, der ständig klärt, was für jeden einzelnen Staat geht und was nicht.

Wir hoffen darüber hinaus, dass ein solcher Prozess auch innerhalb der Staaten einsetzt. Dass die Nationalstaaten mit ihren Regionen, mit den Kommunen einen ähnlichen Prozess starten und damit immer mehr Macht nach „unten" wandert. Das ist die Idee, die wir damit verbinden. /

Stefan Padberg
Koordinator des AK „Europa und Welt" bei Mehr Demokratie.